

Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Willy Brandt und Edward Heath (Bonn, 5. April 1971)

Legende: Anlässlich seines Besuchs am 5. April 1971 in Bonn analysieren der britische Premierminister Edward Heath und sein deutscher Amtskollege Willy Brandt die Aussichten des Vereinigten Königreichs auf einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften.

Quelle: PA AA, [s.l.]. B 150 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. [VS-Bd. 10091 A (Ministerbüro)].

Urheberrecht: (c) Copyright-Hinweis:

Die Originale der Dokumente, deren Abschriften bzw. Faksimiles hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien des Auswärtigen Amts bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/aufzeichnung_des_gesprachs_zwischen_willy_brandt_und_edward_heath_bonn_5_april_1971-de-86d4066a-a7c5-4a55-8461-b6aeca144eec.html

Publication date: 03/07/2013

Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Willy Brandt und Edward Heath (Bonn, 5. April 1971)

Z A 5-37.A/71 geheim

5. April 1971

Der Herr Bundeskanzler führte am 5. April 1971 von 10.15 bis 11.10 Uhr ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem britischen Premierminister Heath. Eingangs bedankte sich der Herr Bundeskanzler, daß Mr. Heath seinen Besuch in Berlin begonnen habe.

Mr. Heath antwortete, er habe dies gerne getan, zumal er acht Jahre lang nicht in Berlin gewesen sei. Die Stadt habe sich in dieser Zeit mächtig entwickelt. Bei der Bevölkerung habe er im Verhältnis zu seinem letzten Besuch feststellen können, daß sie die Dinge ruhig und langfristig sehe.

Das Gespräch kam dann auf den gegenwärtigen Stand der Brüsseler Verhandlungen. Der Herr Bundeskanzler sagte, Ministerpräsident Colombo und er selbst hätten vereinbart, einige gemeinsame Vorstellungen dem französischen Staatspräsidenten vorzutragen. Die Dinge würden manchmal in der öffentlichen Meinung Großbritanniens nicht ganz richtig gesehen. So sei ihm am vergangenen Freitag von der BBC eine Frage gestellt worden, warum die Bundesrepublik nicht mehr Druck auf Frankreich ausübe. Er habe darauf erwidert, daß er nicht an Druck glaube. Natürlich werde man immer wieder klarstellen müssen, daß ein Fehlschlag der Verhandlungen nicht nur schlechte Auswirkungen auf Westeuropa haben, sondern auch die bestehende Gemeinschaft vergiften würde. Dies dürfe man aber nicht mit Druck verwechseln. In den vergangenen Wochen sei nichts geschehen, was seine Überzeugung verändert hätte, daß auch der französische Staatspräsident positive Ergebnisse wünsche. Im Januar habe er in Paris mit Pompidou ziemlich lange über diese Frage gesprochen. Natürlich seien die Franzosen harte Verhandler. Aus einem kürzlichen Brief Pompidous glaube er herauslesen zu können, daß dieser selbst etwas elastischer sei, als es in den französischen Äußerungen im Ministerrat zum Ausdruck komme. Unter anderem erkläre Pompidou, daß er seine Auffassung nicht verändert habe, wonach positive Ergebnisse angestrebt werden müßten. Auch in der Frage der Finanzierung sei er nicht so hart, wie die französische Delegation scheine. In der Zucker-Frage wäre er wohl zu gewissen Kompromissen bereit. Große Schwierigkeiten mache er wegen Neuseeland. In dem Gespräch zwischen den Herren Luns und Schumann habe sich eine gewisse Bereitschaft gezeigt, die Übergangszeit zu verlängern. Pompidou selbst habe von dem Sterling-Problem gesprochen, nicht aber in der Weise, wie dies Herr Boegner getan habe. Er (der Herr Bundeskanzler) hoffe, daß es bei der am vergangenen Dienstag in Brüssel erreichten Einigung bleiben werde, daß dieses Thema in einem anderen Rahmen zu behandeln sei.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, vielleicht sollte man - so wichtig Finanz- und Zucker-Fragen seien - doch auch einmal wieder die große politische Notwendigkeit und, im Falle eines Scheiterns, Gefahr deutlich herausstellen.

Mr. Heath bemerkte, die Gefahr wäre wirklich ungeheuer groß, wenn es zu einem Fehlschlag käme. Nichts könnte der Sowjetunion gelegener kommen. Sie sähe sich dann erstens keinem mächtigeren Europa gegenüber und zweitens würde in der bestehenden Gemeinschaft Zwietracht gesät. Des weiteren würde die Position der Bundesrepublik bei ihren Entspannungsbemühungen mit den osteuropäischen Ländern geschwächt und die Position für die Berlin-Verhandlungen erschüttert.

Premierminister Heath fuhr fort, er sei von jeher dagegen gewesen, eine antifranzösische Fronde zu schaffen. Er habe diese Auffassung bereits 1963 vertreten und halte an ihr fest. Er befürchte jedoch, bei dem Versuch zu harter Verhandlungsführung könnten die Franzosen die Dinge zu weit treiben, so daß es danach, selbst wenn man wolle, nicht mehr möglich wäre, einen erfolgreichen Abschluß zu erreichen. Deswegen sei es notwendig, sie entsprechend zu beeinflussen und ihnen die auftretenden Fragen genau zu erläutern. Britischerseits nehme sich die Sache jetzt so aus, daß England die endgültige Form der Gemeinschaft und die endgültigen Abmachungen akzeptiert habe, so daß die Debatte jetzt nur noch um die Zwischenstufe gehe. Es scheine aber schwierig, dies den Franzosen klarzumachen. Die Franzosen erklärten immer, die von

England für die Übergangszeit vorgeschlagenen Abmachungen bedeuteten, daß England die Endphase nicht akzeptiert habe.

Hinsichtlich der Zucker- und Milchprodukte gehe es tatsächlich um die Zukunft der Länder im karibischen Raum und Neuseelands. Hierin liege die eigentliche Problematik. Die übrige Welt erfasse erst heute allmählich, was eine erweiterte Gemeinschaft überhaupt darstellen würde. Er selbst habe in privaten Gesprächen Anfang der 60er Jahre oft gesagt, die Amerikaner unterstützten die europäische Einigung, aber er sei nicht sicher, daß sie genau wüßten, was sie bedeuten werde. Man müsse aber mit der übrigen Welt leben. Wenn den Amerikanern, Neuseeland und den karibischen Ländern dabei Schaden zugefügt würde, werde die Gemeinschaft in einer ungemütlichen Welt zu leben haben.

Was die Sterling-Frage anbelange, so gebe es hier zwei Punkte. Die als Teil des Romvertrages vorgesehenen Kapitalbewegungen könnten verhandelt werden. Das Sterling-Gebiet als solches jedoch sei ein sehr kompliziertes Thema, das sich nicht von heute auf morgen regeln lasse. Bringe man dieses Thema jetzt in das derzeitige Forum auf die heutige Weise ein, so könnten sehr wohl alle Inhaber von Sterling-Guthaben sich die Frage stellen, was passieren würde, wenn die französischen Vorschläge angenommen würden. Damit könnte beträchtliche Unruhe in die Sache getragen werden.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die künftigen Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten zu sprechen und bemerkte, die Franzosen verstünden diese Dinge heute besser als noch vor einem Jahr. Nach seinem Besuch in Washington habe er Staatspräsident Pompidou zu erklären versucht, warum diese Frage so wichtig sei und weshalb es einer zusätzlichen Verbindung bedürfe neben der amerikanischen Botschaft in Brüssel und der EWG-Mission in Washington, deren Aufwertung die Franzosen übrigens zugestimmt hätten. Die Franzosen hätten zunächst befürchtet, es handele sich hier um ein Manöver, mit dem die amerikanische Unterstützung für die britischen Beitrittsverhandlungen organisiert werden sollte. Dies sei jetzt jedoch wohl überwunden. Zwar unterschätze Pompidou seiner Meinung nach auch weiterhin die protektionistischen und isolationistischen Einflüsse in Amerika, sei jedoch für eine enge Verbindung.

Der Herr Bundeskanzler sagte dann, er habe gesehen, daß Herr Luns meine, Heath solle Herrn Pompidou treffen.

Premierminister Heath antwortete, es gebe hierfür keine Pläne. Herr Colombo werde im Juni nach London kommen, Herr Harmel sei vor drei Wochen da gewesen. Er selbst habe stets gesagt, daß er die führenden Persönlichkeiten der Sechs jederzeit gerne besuchen oder empfangen würde. Etwas Konkretes sei mit den Franzosen nicht ausgemacht. Mr. Heath fragte dann, wie die übrigen Sechs sich zu so etwas stellen würden.

Der Herr Bundeskanzler antwortete, seiner Meinung nach dürfte das keine Schwierigkeiten machen. Er selbst wolle natürlich keinerlei Rat geben, denn dies könnte so mißverstanden werden, als wolle er bilaterale Lösungen anstreben. Deutscherseits halte man engen Kontakt mit den Franzosen. Vielleicht wäre es nützlich, wenn Herr Heath sich mit Pompidou aussprechen würde. Er selbst wäre bereit, für einen Tag nach Paris zu gehen, noch ehe die nächste regelmäßige Konsultation stattfinde, wenn die Brüsseler Verhandlungen so liefen, daß er es für nützlich hielte, Pompidou zu sehen. Deswegen sei es für ihn wichtig zu wissen, ob Herr Heath irgendwelche Pläne habe.

Mr. Heath bemerkte, er werde den Bundeskanzler informiert halten. Herrn Pompidou habe er das letzte Mal nach der Trauerfeier für de Gaulle gesehen, wobei Pompidou gesagt habe, man könne immer über die Dinge reden. Auch in der Pressekonferenz habe er dies wiederholt. Der Premierminister fragte dann den Herrn Bundeskanzler, was seiner Meinung nach in Gesprächen mit Pompidou erreicht werden könnte, nicht aber in den Verhandlungen, und ob er den Eindruck habe, daß Pompidou über die Finanzregelung oder über Präferenzen verhandeln wolle.

Der Herr Bundeskanzler verneinte letzteres, meinte jedoch, im persönlichen Gespräch mit Pompidou könnte man gewisse Möglichkeiten abklären. Des weiteren könnte Pompidou in einem solchen Gespräch vielleicht auch einmal von einer Verhandlungsposition abgehen. Er selbst habe im allgemeinen festgestellt, daß solche

Gespräche manchmal eine spätere Lösung in Brüssel ermöglichen.

Mr. Heath fragte, wie es dem Herrn Bundeskanzler gelungen sei, in Den Haag mit Pompidou zu einer Einigung zu gelangen.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, es habe damals zunächst einen Briefwechsel gegeben, sodann habe er sich mit Pompidou am ersten Tag allein unterhalten, und in diesem Gespräch habe Pompidou dann seine Zustimmung gegeben, die er natürlich vorher schon beschlossen hätte. Seither habe Pompidou ein- oder zweimal gesagt, da er damals diese Position eingenommen habe, müsse die Sache nun auch zu einem Erfolg werden. Im übrigen habe es aber damals keine anderen Argumente als auch heute gegeben. Natürlich habe er (der Herr Bundeskanzler) in der Agrar-Frage etwas zugestehen können. Dies sei aber, nachdem eine endgültige Regelung eingetreten sei, keine Karte in seinem Spiel mehr.

Mr. Heath erklärte, er wisse nicht, ob die Franzosen sich völlig im klaren seien, welchen landwirtschaftlichen Vorteil beträchtlicher Art sie auf dem britischen Markt erringen könnten. Dieser Vorteil sei zu erreichen, ohne daß man zum Beispiel Neuseeland schädige, da die übrigen Lieferanten von Milchprodukten ohnehin eine Anpassung vornehmen müßten. Die Franzosen könnten also diese Vorteile einheimen, ohne daß sie eine so harte Verhandlungsposition einnähmen. Man dürfe nicht vergessen, daß es in England sehr viel gefühlsmäßige Argumente für Neuseeland gebe.

Mr. Heath kam dann auf die Frage des Herrn Bundeskanzlers nach der öffentlichen Meinung in Großbritannien zurück und bemerkte, es sei richtig, daß sie skeptisch sei. Er meine jedoch, daß es dort einen beträchtlichen Graubereich gebe, der sich zum Positiven durchringen werde, wenn der Nachweis erbracht werde, daß ein Erfolg möglich sei. In einer Parteikonferenz in Wales am vergangenen Samstag sei eine Europadebatte mit dem guten Verhältnis von fünf Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme zu Ende gegangen. Der Wille in der Partei und in der Fraktion sowie im Kabinett sei gegeben. Die Opposition werde vielleicht nicht ganz die Hälfte ihrer Anhänger zugunsten eines Beitritts aufbringen können, doch habe er große Zweifel, ob sie sich gegen einen Beitritt stellen würde, wenn die Verhandlungsergebnisse günstig wären. Ganz generell stehe Großbritannien in einem großen Wandel. Er versuche, das Land so schnell wie möglich zu revolutionieren. Im Juli werde England das Abschöpfungssystem einführen. Das Steuersystem sei schon geändert. Auf diese Weise könne die Übergangszeit leichter bewältigt werden als noch vor zehn Jahren. Die Industrial Relations Bill habe große Schwierigkeiten bei den Gewerkschaften hervorgerufen. Er glaube jedoch, daß man die Gewerkschaften langsam in Bewegung bringen könne. Sie hätten allerdings eine ganze Masse auf einmal zu verdauen.

Der Herr Bundeskanzler wiederholte dann erneut, daß Pompidou in mehreren Fragen flexibler sei, als es bei der offiziellen französischen Haltung manchmal den Eindruck habe.

Das Gespräch drehte sich sodann um den Zeitplan. Dabei betonte Mr. Heath, wie wichtig es sei, noch im Mai Fortschritte zu erzielen. Vielleicht sollte er danach ein Gespräch mit Pompidou führen.

Der Herr Bundeskanzler sagte, ihm gegenüber habe Pompidou erklärt, auch er wolle die Dinge vor Herbst zum Abschluß gebracht sehen. Das heiße mit anderen Worten Sommer. Er halte die Zielvorstellung Juni für gut, wobei man vielleicht die Sache noch um eine oder zwei Wochen in den Juli hineinziehen könnte. Er sage dies, weil er meine, daß das Ganze unter französischem Vorsitz geschehen soll. Sollten die Dinge ganz schief laufen, müßte es zunächst eine Gipfelkonferenz der Sechs geben. Pompidou wisse dies. Natürlich ziehe er (der Herr Bundeskanzler) es vor, wenn es zu einer Gipfelkonferenz der Sieben im Frühsommer kommen könnte auf der Grundlage einer Lösung der grundsätzlichen Fragen. Auch dagegen habe Pompidou keinen Einwand erhoben. Eine Gipfelkonferenz sollte am besten, gleichgültig ob zu sechst oder zu siebt, in Paris stattfinden. Die Frage des Vorsitzes bei einer Gipfelkonferenz habe nichts mit dem Vorsitz in der Gemeinschaft zu tun.

Auf die Frage von Mr. Heath, eine solche Gipfelkonferenz müsse wohl vorher vorbereitet sein, antwortete der Herr Bundeskanzler im Prinzip bejahend, meinte jedoch, sie könnte auch als entscheidendes Element eines crisis-management benutzt werden.

Mr. Heath fragte dann, ob auch bei einer solchen Gipfelkonferenz die Sechs vorher ihre Haltung vereinbaren müßten, oder ob, wenn die Gipfelkonferenz zu siebt stattfände, alle Sieben frei untereinander diskutieren könnten.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, wenn die Dinge in Brüssel einen kritischen Punkt erreichen würden, wäre eine Gipfelkonferenz der Sechs erforderlich, um zu einer gemeinsamen Haltung zu gelangen. Sehr viel besser aber wäre es, wenn eine Gipfelkonferenz der Sieben in einer entspannten Atmosphäre stattfinden könnte.

Auf eine entsprechende Frage des Herrn Bundeskanzlers bemerkte Mr. Heath, daß er keine Schwierigkeit sähe, eine Gipfelkonferenz zu siebt und nicht zu zehnt zu veranstalten. Als ein mögliches Datum dafür nannte er auch den September.

Der Herr Bundeskanzler sagte noch, es wäre vielleicht gut, wenn Herr Heath Ende Mai/Anfang Juni Herrn Pompidou treffen könnte. Dabei könnte man nach außen sagen, daß vor allem auch Sicherheits- und Weltfragen diskutiert werden sollten, damit nicht der Eindruck entstehe, man werde nur über Brüssel reden.

Mr. Heath stellte dann noch die Frage, ob der Herr Bundeskanzler bei den Franzosen andere Befürchtungen gegenüber England gefunden habe.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, einige orthodoxe Gaullisten wie etwa sein Freund Debré betrachteten Großbritannien als eine vorgeschobene Position der Vereinigten Staaten. Seiner Meinung nach sei aber Pompidou ausgeglichener. Natürlich gebe es das Sprachenproblem, das man auf keinen Fall unterschätzen dürfe. Es sei eine sehr virulente Sorge in Frankreich.

Zum Schluß des Gesprächs kam Mr. Heath noch einmal kurz auf das Sterling-Problem zurück und vergewisserte sich erneut, daß auch der Herr Bundeskanzler die Meinung habe, dieses Problem müsse in einem anderen Forum diskutiert werden. Er bemerkte in diesem Zusammenhang nebenbei, zwischen der Bank of England und der Bundesbank gebe es ein gutes Verhältnis.

Das Gespräch wurde um 11.10 Uhr im erweiterten Kreise fortgesetzt.

VS-Bd. 10091 A (Ministerbüro)